



SOMMER 2013 · NR. 32

ANTIBERLINER

2 | Unglaublich

Staatliche Institutionen lügen sich ihre Version der NSU-Morde zurecht

4 | Unglaublich

Frankreichs Krieg in Mali hat wenig mit »Menschenrechten« zu tun

07 | Bewürdigt

Einfach wird es nicht, doch auch nach Chavez' Tod lebt das sozialistische Projekt

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum
berlin e.v. (apabiz)
lausitzerstr. 10 | 10999 Berlin
fon | fax 030-6116200
mail@apabiz.de | www.apabiz.de



Back in town!

Nach einem wohlverdienten Sabbatjahr gibt es wieder eine neue Ausgabe! Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht die Entwicklung in Mali, wo im Namen verschiedener autoritärer Ordnungsmodelle auf dem Rücken der Bevölkerung eine blutige Auseinandersetzung ausgetragen wird. Der Autor, der im Nachbarland Niger lebt, beschreibt zum einen die unterschiedlichen Akteure und geht zum anderen der Frage nach, welche Interessen hinter der Forderung nach Intervention stehen. Ein weiteres Thema ist der NSU-Prozess und die offensichtliche Verstrickung staatlicher Behörden in die Mordserie. Welche Schatten der Berliner Gesetzesentwurf zur Videoüberwachung auf Demonstrationen nach sich ziehen könnte und warum es allein deswegen schon wichtig ist, diesen Gesetzesentwurf zu verhindern, werden wir auf Seite 7 nachgehen. Und damit der kulturelle Aspekt nicht zu kurz kommt, haben wir die Punkband Alarmsignal ausgefragt.

DER ANTIBERLINER hat seinen Namen vom ehemaligen Berliner CDU-Bürgermeister Diepgen, der die Menschen in Kreuzberg als »Antiberliner« brandmarkte, nachdem sie am 1. Mai 1987 nachdrücklich darauf bestanden hatten, den Tag der Arbeit ohne Polizei zu feiern. Ein Ehrentitel also.

impressum

V.i.S.d.P.: Eberhard Diepgen
Fasanenweg 20
16547 Berlin

Redaktionskontakt:
[e] antiberliner@web.de

Unterstützer_innen:
Antifaschistische Linke Berlin

Namentlich gekennzeichnete
Artikel spiegeln nicht
unbedingt die Position des
Redaktionskollektives wider.

Anfang 2013 erklärte das Oberlandesgericht München, dass der NSU nicht mehr existent wäre. Generell soll der NSU als eine isolierte Kleingruppe mit wenigen Unterstützer_innen dargestellt werden, deswegen sitzen auf der Anklagebank neben Zschäpe nur vier weitere mutmaßliche NSU-Unterstützer. Bisher ist jedoch nicht abschließend geklärt, wie groß das Netzwerk des NSU gewesen ist und ob nicht noch mehr Personen direkt an den Anschlägen und Morden beteiligt waren. Zunächst war die Rede von 40 NSU-Unterstützer_in-

Ungeachtet dessen, ob es weitere neonazistische Terrorgruppen gibt, darf die rechte Gewalt- und Tötungsbereitschaft nicht bagatellisiert werden. Unabhängige Untersuchungen gehen davon aus, dass von 1990-2012 mehr als 149 Menschen aus rechten Motiven ermordet wurden.

Seit dem Bekanntwerden der Existenz des NSU ist vor allem deutlich geworden, dass Sicherheits- und Ermittlungsbehörden, Staatsanwaltschaften und Po-

NSU und das offizielle Kleinreden vom Neonaziterror

Anfang Mai beginnt der Prozess gegen das NSU-Mitglied Beate Zschäpe und vier NSU-Unterstützer. Heute wissen wir sicher, dass der NSU für zehn Morde und zwei Sprengstoffanschläge sowie 15 Banküberfälle verantwortlich ist. Bereits im Vorfeld des Prozesses zeichnete sich das dahinter stehende politische Ziel ab – das Ausmaß neonazistischen Terrors und die Verwicklung der Geheimdienste sollte unter allen Umständen klein gehalten werden. Darauf deutet nicht nur der viel zu kleine Gerichtssaal hin

nen, Ende 2012 tauchte eine geheime Liste der Sicherheitsbehörden mit 100 Helfer_innen auf, im März 2013 hieß es dann insgesamt 129 Personen hätten den NSU unterstützt. Warum nur ein Bruchteil des NSU-Netzwerkes auf der Anklagebank sitzt und was die anderen weit über 100 NSU-Unterstützer_innen machen, ist unklar.

Gegenwärtig ist es schwierig einzuschätzen, ob der NSU die einzige aktive neonazistische Terrorgruppe gewesen ist. Schließlich gelten derzeit nach offiziellen Angaben 266 Neonazis als flüchtig. Auch ist das Vorgehen des NSU kein Novum, sondern eine 1:1 Umsetzung der Strategie des »führerlosen Widerstandes«, wie ihn in den 1990er Jahren Combat 18, der bewaffnete Arm des weltweiten Neonazi-Netzwerkes Blood&Honour, propagiert hat. Im Zentrum dieser Strategie stehen terroristische Aktionen als Mittel zur Durchsetzung der Politik. Konkret sollen in der Praxis neonazistische Kleinstzellen gebildet werden, die vollkommen autonom agieren, die sich aber auf ideologischer Ebene miteinander verbunden fühlen. Allgemein bekannt ist, dass die neonazistische Szene sich in dieser Zeit stark bewaffnete. Aufgrund des Abzugs der Roten Armee aus Ostdeutschland war es für sie einfach an Waffen und Sprengstoff zu kommen.

litiker_innen kein Interesse an einer Aufarbeitung und Aufklärung der vom NSU begangenen Attentate haben. Allein schon weil es, wie in den letzten ein- und einhalb Jahre bekannt wurde, eine bis dato nicht erwartete Verstrickung von Sicherheits- und Ermittlungsbehörden mit der neonazistischen Szene gibt. Aktueller Höhepunkt ist, dass sich 24 V-Leute im NSU-Umfeld befunden haben.

Beispielsweise lernte Uwe Böhnhardt den Umgang mit scharfen Waffen in den 90er Jahre auf einem Grundstück in Thüringen. Ermöglicht wurde dies durch den V-Mann und Neonaziführer des Thüringer Heimatschutzes (THS) Tino Brandt, der für seine Kameraden das Gelände für diesen Zweck gepachtet hatte. Im Übrigen soll Brandt für seine

V-Mann-Tätigkeit insgesamt 200.000 Mark erhalten haben, das gesamte Geld hat er nach eigenen Angaben »in die Bewegung gesteckt«. Von den 140 Mitgliedern des THS sollen insgesamt 40 Personen als V-Leute tätig gewesen sein, nicht nur für den Verfassungsschutz, sondern auch für andere Geheimdienste wie den Militärischen Abschirmdienst (MAD).

Mit Blick auf die Vergangenheit und Gegenwart ließe sich die Liste der Verstrickungen und personellen Überschneidungen zwischen dem deutschen Staat



Lange Tradition

Die Existenz terroristischer Neonazigruppierungen ist nicht nur ein Phänomen der 1990er Jahre, jedoch wurde immer alles daran gesetzt, deren Taten verwirren Einzelgängern zuzuschreiben. Die bekannteste Gruppe ist die Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG), die sich 1973 gründete und erst 1980 verboten wurde. Sie war eine straffe Organisation, die nach dem Führerprinzip funktionierte. Entsprechend besaß ihr Gründer Karl-Heinz Hoffmann die uneingeschränkte Befehlsgewalt. Angelehnt an die Wehrsportgruppe Hoffmann gründete sich 1979 die Wehrsportgruppe Werwolf unter dem Neonaziführer Michael Kühnen. Brutaler Höhepunkt der Wehrsportgruppen war das Oktoberfest-Attentat von 1980. Durch einen selbst gebauten Sprengsatz wurden 13 Menschen getötet und 211 Menschen zum Teil schwer verletzt. Verurteilt wurde dafür nur eine Person der Wehrsportgruppe Hoffmann. Bis heute gilt die Einzeltäterthese für diesen Anschlag als äußerst umstritten, gerade hat der Sohn eines BND-Agenten seinen Vater der Verantwortung bezichtigt.



(zumindest in Form seiner Ermittlungsbehörden), V-Leuten und Neonazis um viele weitere Fälle ergänzen. Durch die Gelder, die Neonazis für ihre Spitzelarbeit erhalten haben, wurden neonazistische Strukturen auf- und ausgebaut. In einem Interview mit dem ZDF bestätigt der V-Mann Brandt, dass der Verfassungsschutz den Aufbau des Thüringer Heimatschutzes (THS) mitfinanziert hat.

Wie tief die Verstrickung der Behörden in die neonazistische Szene seit 1945 ist, wird sich nie zweifelsfrei klären lassen. Denn seit der offiziellen Aufdeckung des NSU sind unzählige Vertuschungsskandale ans Licht gekommen: In mehr als zwanzig Fällen wurden höchst brisante Akten von Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden vernichtet oder unterschlagen. Weiter wurden Informationen zurückgehalten, die NSU-Untersuchungsausschüsse belogen, Computerdatei-

en manipuliert und Handydaten von V-Leuten mit Kontakt zum NSU gelöscht. Aufgrund der Vielzahl an Akten- und Urkundenvernichtungen, die zum Teil auf direkte Anweisung von oben hin getätigt wurden, muss von einer vorsätzlichen behördlichen Beweismittelunterdrückung gesprochen werden – und dies angesichts zehnfachem Mord an neun Migranten und einer Polizistin, mehreren Sprengstoffanschlägen und bewaffneten Banküberfällen. Die Vielzahl an Vertuschungsmanövern und Schredderaktionen können nicht mehr als vereinzelte Fehler oder Ausrutscher verstanden werden. Sondern angesichts des Ausmaßes der bekannt gewordenen Vertuschungen seitens des Staates stellt sich die Frage, wie groß die Verstrickungen der Behörden sein müssen; beziehungsweise welches Ausmaß dennoch verborgen bleibt, wenn diese ganzen Skandale in Kauf genommen werden ★

Tante Käthe: Teambeschuss

»Teambeschuss wird nicht toleriert!«. Wer schon einmal ein Computerspiel der Sorte »First-Person-Shooter« gespielt hat, kennt diesen Satz. Ob aus Versehen oder einfach um es auszuprobieren, der Beschuss der »eigenen Leute« endet meist mit der Bestrafung durch Spielabbruch. Somit wird in dieser virtuellen Welt eine Option des echten Lebens ausgeschlossen, sei es weil sie als unrealistisch betrachtet wird, sei es weil die Entwicklungskosten noch nicht jede mögliche Spielart erlauben. Im Spiel ist es ja meist nicht so wichtig, ob die Lage aussichtslos ist und am Ende gestorben wird, schon fängt es von vorne an. Im echten Leben würde möglicherweise mehr Ehrgeiz gezeigt als auf dem Sofa. Angenommen, ein Nazi, der in den letzten Jahren diverse Male gemordet hat, sitzt nach einem

Banküberfall zusammen mit seinem Nazikollegen in einem Wohnmobil, als sich Polizisten nähern. Es geht um alles oder nichts, die Maschinenpistole Pletzer 91 wird in Stellung gebracht und die Anrückenden in Salven beschossen, da klemmt die Waffe. Zur weiteren Verfügung stünden u.a. sofort eine Pumpgun Mossberg Maverick 88, eine Pumpgun Winchester 1300 Defender oder eine Pistole TOZ TT3. Die Wahl trifft auf die Winchester Pumpgun. Doch anstatt auf die vorherigen Ziele zu schießen, erschießt der eine zunächst den anderen Nazi und hernach sich selbst. Klingt unwahrscheinlich? Für mich auch. Dennoch lautet so EINE der offiziellen Versionen zum Ende des NSU-Trios. In der anderen sollen sie sich gleich erschossen haben, die anwesenden Polizisten scheinen sich nicht erinnern zu können. Die Nazifrau saß derweil zu Hause und empfing telepathische Wellen, sprengte das Haus in die Luft und empfing einen Anruf aus dem sächsischen Staatsministerium des Inneren. Welche Art von Kontakt in den kommenden vier Tagen ihrer Flucht mit dem Nazi André E. bestand, hätte man aus dessen bei der Festnahme konfiszierten Handy erfahren können, wären nicht die entsprechenden Daten auf Geheiß des BKA gelöscht worden. Es stellt sich die Frage nach der Teamzugehörigkeit in einer Vehemenz, die diesen Staat in seinen Grundfesten erschüttern sollte.



Mali, wie die meisten afrikanischen Staaten, erlebte Anfang der 1990er Jahre den Übergang zum Mehrparteiensystem. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Land zuerst von einer progressiven Regierung und später (ab 1968) von einer pro-westlichen Militärdiktatur verwaltet worden.

Der Übergang in den 1990ern wurde von einer zuvorderst von Studierenden getragenen Bewegung ausgelöst und gipfelte in einen Staatsstreich des späteren Präsidenten General Touré. Die sich nun in der Form einer parlamentari-

sächlich im Binnendelta des Niger - unter anderem mit Libyen aber auch mit westlichen und arabischen Großinvestoren. Die Vehemenz, mit der Teile der politischen Eliten Malis, die immer noch hervorragend die Rhetorik des antikolonialen Diskurs beherrschen, den Sturz Gaddafis kritisierten, hat hier ihre materielle Ursache.

Nordmali begehrt

Ab Januar 2012 eröffnete die neu gegründete, eher weltliche Bewegung MNLA (Mouvement

Einheit und Jihad in Westafrika (MUJAO). Gemeinsames Ziel war es, den Norden Malis in einen separaten Staat zu verwandeln. Deutliche Unterschiede gab es in den Vorstellungen von der Verfasstheit dieses Staates: Die MNLA ist eher laizistisch orientiert, während die Ansar Dine salafistischen Vorstellungen anhängt und einen islamistischen Staat auf dem Territorium des Azawad installieren will. Die Al-Quaida nahen Gruppen wiederum wollen sich dabei territorial nicht darauf beschränken. Nachdem von Anfang bis Mitte 2012 die malische Armee aus dem Norden Malis vertrieben und auch die zwei größeren Städte Timbuktu und Gao in die Hände der Rebellion gefallen waren, wurde die einzige mehr oder weniger laizistische Gruppe, die MNLA, innerhalb kürzester Zeit aus allen ihren Stützpunkten vertrieben und existiert nur noch als Phantom.

Inzwischen hatte im März 2012 in Bamako die malische Armee den Präsidenten Touré gestürzt und verkündet, im Prinzip sei man bereit die »Terroristen« aus dem Norden zu vertreiben und werde dies auch demnächst tun. Bis heute tut diese sich selbst als demokratisch bezeichnende militärische »Übergangsregierung« außer großer Worte nichts für die Bevölkerung. Als Vermittler in diesem Konflikt wurde ausgerechnet der Diktator von Burkina Faso, Blaise Compaoré, der Mörder von Thomas Sankara (+1987), genannt der »Ché Afrikas«, eingesetzt. Währenddessen setzten die muslimischen Fundamentalisten im Norden unbekümmert ihre Interpretation eines wahren islamistischen Staates durch: Verbot von Tabak, Musik und Fußball; Errichtung eines Internierungslagers für Frauen welche es wagen ohne Totalverschleierung auf die Straße zu gehen; Zwangshochzeiten mit fundamentalistischen Kämpfern; Amputationen... das ganze salafistische Programm. Als kleine Zugabe war in Mali noch die Zerstörung einer reichen, einheimischen muslimischen Kultur fällig. In Timbuktu wurden bspw. die für die lokale muslimische



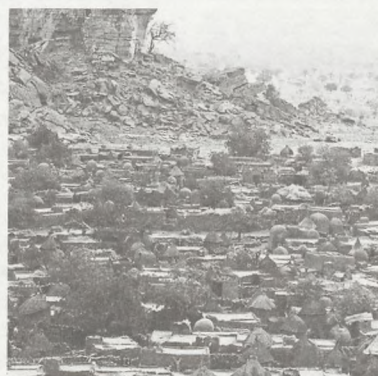
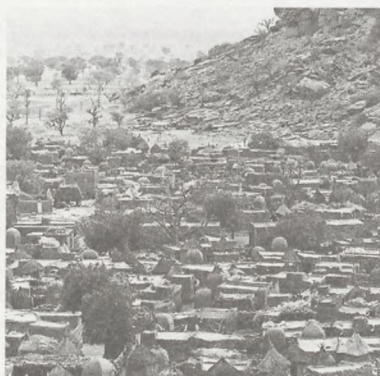
Ordnungskrieg in Mali

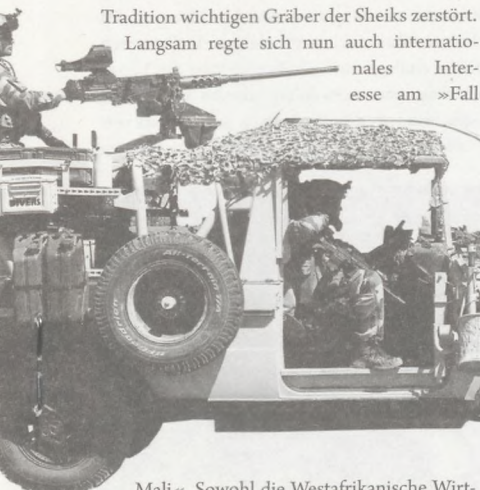
Nach dem Sturz Gaddafis im November 2011 wechselten mehrere hundert Söldner aus dessen »Islamischer Legion« mit großen Mengen moderner Waffen auf das malische Territorium über. Zu diesem Zeitpunkt war der Verfall staatlicher Macht in Mali bereits weit fortgeschritten. De facto hatte sich der dünn besiedelte Norden des Landes über einen Zeitraum von mehreren Jahren in einen Tummelplatz, für die Schleusung von Migranten Richtung Europa, sowie den Drogenschmuggel aus Südamerika entwickelt. Die Kontrolle der Schmuggelrouten hatte bereits vorher zu massiven ethnischen Spannungen und Konflikten geführt, nicht zuletzt zwischen den traditionell nomadischen Tuareg und der sesshaften Bevölkerung. Überreste der im algerischen Bürgerkrieg unterlegenen Islamisten hatten sich im Norden Malis installiert und schlussendlich Al-Quaida angeschlossen. Die nun unter dem Namen Al-Quaida im islamischen Maghreb (AQIM) firmierende Gruppe finanzierte sich hauptsächlich über Geiselnahmen und verübte mehrere Anschläge und Attacken, unter anderem im benachbarten Mauretanien

Von Harubanda, Niger

schen Demokratie organisierende Elite schaffte es, ab 2002 wieder unter Touré, die Korruption in bisher ungeahntem Ausmaß zu betreiben. Nicht nur der traditionell korrupte staatliche Apparat und die Oberschicht, sondern zunehmend auch die bisher weniger korrupte malische Armee bedienten sich bereitwillig der »demokratisierten« staatlichen Ressourcen. Dazu zählten auch riesige Landdeals, haupt-

pour la liberation d'Azawad), die sich inzwischen mit der islamistischen Ansar Dine alliierter hatte, eine Offensive »zur Befreiung des Azawad« (was neben dem nördlichen Teil Malis auch Teile der umliegenden Staaten beinhaltet und so zu neuen Grenzkonflikten führt). Unterstützt wurden die beiden von Tuareg dominierten Gruppen dabei von der schon genannten AQIM und deren Abspaltung Bewegung für





Tradition wichtigen Gräber der Sheiks zerstört. Langsam regte sich nun auch internationales Interesse am »Fall

Geschenke für Europa

Worin liegt aber das Interesse Frankreichs? Die offizielle Propaganda will glauben machen, die extremen Menschenrechtsverletzungen durch die Fundamentalisten seien der Grund. Im innenpolitischen Diskurs spielt das zur Rechtfertigung der, gemeinsam mit einer breiten Koalition afrikanischer Staaten durchgeführten, Intervention ganz sicher eine Rolle. Aber selbstverständlich geht es um handfestere Motive. Innerhalb der deutschen Friedensbewegung stand sofort fest, dass es sich dabei um einen Krieg um Ressourcen handele. Nur hat Mali in der Hinsicht wenig zu bieten. Die ins Spiel gebrachten Öl- und vor allem Gasvorkommen existieren derzeit nur als Option in der Zukunft. Nichts Genaues ist über ihr Ausmaß bekannt oder wie sie an ein Transportnetz angeschlossen werden sollen. Bleiben also die Uranvorkommen des Niger. Der französische Konzern Areva bezieht den Großteil seines Urans aus der an Mali angrenzenden Region im Norden Nigers. Auch deutsche Atomanlagen werden über diese Verbindung versorgt, während die nigrische Bevölkerung keine Vorteile durch die Ausbeutung hat sondern im Gegenteil die Nachteile durch radioaktiven Staub hinnehmen muss. Deutsche Waffen spielen zudem mit, von Heckler&Koch Handfeuerwaffen bis zu schwerem Kriegsgeschütz.

Französische Konzerne sind in vielen Wirtschaftszweigen Malis präsent, so kontrolliert z.B. der französische Konzern Alcatel bereits das Mobilfunkgeschäft und die Proteste gegen die Privatisierung des Trinkwassers zu Gunsten von Veolia/Saur führten 2008 zu wütenden Protesten. Frankreichs Interesse ist Stabilität in der Region. Und an dieser Stelle treffen sich die französischen Interessen mit jenen der lokalen Eliten: status quo ante heißt das gemeinsame Kriegsziel. Das alte, abgewirtschaftete Ordnungsmodell der postkolonialen Ära soll gegen die islamistischen Newcomer verteidigt werden.

dell der postkolonialen Ära soll gegen die islamistischen Newcomer verteidigt werden.

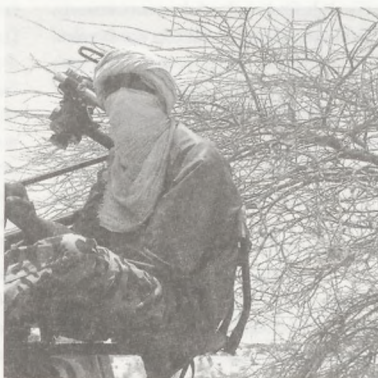
Wettstreit der Ordnungsmodelle

Der Konflikt ist auch längst nicht mehr begrenzt. In vielen Ländern in West- und Zentralafrika rumort es bzw. haben muslimische Fundamentalisten bereits zu den Waffen gegriffen. Ihnen gelingt es zusehends glaubhaft zu machen, dass ihre Art die Gesellschaft zu organisieren zukunftsweisend wäre. Ihre Argumentation, dass die Gesellschaft nach den »Prinzipien des Islam« organisiert werden sollte, ist anschlussfähig an traditionelle Strukturen, die ähnlich argumentieren und wesentlich funktionsfähiger sind als der postkoloniale Staat, auch wenn sicherlich große Unterschiede bestehen. Die auf oder unter das Existenzminimum heruntergekommene Bevölkerungsmehrheit ist angewiesen auf religiös fundierte Mechanismen zur Versorgung der Armen und ist vor allem in den Städten von Angesicht zu Angesicht konfrontiert mit einer Elite, die sich in schamlosester Weise bereichert und einen eher »westlichen« Lebensstil pflegt. So kann der Islamismus eine Art pseudo-sozialkritischen Diskurs pflegen, der Abweichungen von der traditionellen Lebensweise kritisiert und als Kritik an den unerträglichen sozialen Zuständen verstanden wird. Diese Umlenkung sozialer Kritik auf eine Kritik an zu viel Freiheiten ist aber vor allem repressiv. Sie könnte wiederum von den Eliten genutzt werden um die städtische Jugend, die zunehmend droht unkontrollierbar zu werden, zur Raison zu bringen und so ihre Privilegien zu sichern. Auch im Norden setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass man unter bestimmten Umständen ganz gut kann mit den Islamisten. Wenn die Muslimbrüder in Ägypten Legitimität verkörpern, Stabilität und gute Geschäfte versprechen... Warum denn dann nicht?! Last but not least steht hinter dem Islamismus viel Geld, nämlich die Petrodollars saudiarabischer und der Quatari-Eliten. Der Islamismus präsentiert sich als ein Ordnungsmodell, um die Krise des Sozialen und die damit einhergehende Krise politischer Legitimität zu überwinden. ★

Mali«. Sowohl die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO (engl. ECOWAS) als auch die Vereinten Nationen legten ihren ganzen Einfluss in die Waagschale um vor allem eines zu erreichen: die Wiederherstellung eines Regimes wie es vor dem Putsch existiert hatte. Es wurde zwar viel über die territoriale Integrität Malis geredet, konkrete Unterstützung gab es allerdings nicht. UN Generalsekretär Ban Ki Moon gab die Richtung vor: Verhandlungen. Aber Verhandlungen worüber? Die Position der Fundamentalisten blieb klar: ganz Mali unter der Sharia oder gar nichts.

So bekam die ehemalige Kolonialmacht Frankreich Ende vergangenen Jahres das was sie verlangte: eine UN-Sicherheitsratsresolution, die eine multilaterale militärische Lösung nicht mehr ausschloss.

Der Einmarsch Frankreichs begann nach dem Fall der Stadt Konna mit solcher Intensität, dass militärischer Widerstand heute quasi nicht mehr existiert. Wo auch immer die französischen Soldaten und ihre Verbündeten auftauchten, empfing sie eine jubelnde Bevölkerung und es ist wohl davon auszugehen, dass dieser Jubel echt war. Im Schlepptau führte die malische Armee mehrere Massenerschießungen von angeblichen Islamisten und »Kollaborateuren« durch. Offenbar ein geeigneterer Gegner als die bewaffneten Aufständischen ein Jahr zuvor.



Versammlungsrecht auf sächsisch

»In Sachsen geschehen Dinge, die könnte sich George Orwell nicht einmal vorstellen.« So bezeichnete der Historiker W. Wippermann die sächsischen Verhältnisse 2011. Das Versammlungsrecht bei den Naziblockaden in Dresden in den letzten Jahren wurde an allen Ecken gebogen, bis es schließlich auch gebrochen wurde. Es kam zur Stürmung des Pressebüros des Bündnisses »Dresden nazifrei«, es wurden Millionen von Handydaten gespeichert und ausgelesen und massive Gewalt gegen Antifaschist_innen angewandt. Eine rechtliche Grundlage gab es nicht. Die Durchsuchungen wurden von einem Gericht nachträglich als illegal eingestuft, die rechtswidrige Überwachung all derer, die in der Dresdner Südvorstadt am 19. Februar 2011 ein Handy bei sich hatten, weitete sich zu einem sachsenweiten Skandal aus und die Bilder von Pepperball- und Wasserwerferereignissen bei Minusgraden sorgten für einen Eklat. Nach den erfolgreichen Naziblockaden hat die sächsische Justiz jetzt einige Antifaschisten in den Blick genommen, um den Protest zu kriminalisieren und damit zu delegitimieren. So wurde Tim in erster Instanz zu fast zwei Jahren Haft verurteilt, der Prozess gegen Lothar hat gerade begonnen. Genau wie bei den Blockaden gegen Neonazis ist es wichtig, bei der nachfolgenden Repression zusammenzustehen und Solidarität zu zeigen.

Mehr Informationen gibt es unter:
www.sachsensendrechtstaat.blogspot.de



Und action!

Polizei bekommt neues Gesetz,
um Demos zu filmen



Bis 2010 erstellte die Berliner Polizei bereits Übersichtsaufnahmen von Demos, allerdings ohne dafür eine gesetzliche Grundlage zu haben. Das stellte das Berliner Verwaltungsgericht im September 2010 fest. Daraufhin vereinbarte die neu gegründete rot-schwarze Koalition in ihrem Koalitionsvertrag 2011 eine Grundlage für diese so genannten Übersichtsaufnahmen. Diesen Entwurf für ein »Gesetz über Übersichtsaufnahmen zur Lenkung und Leitung des Polizeieinsatzes bei Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen« gibt es seit Oktober 2012, es soll in naher Zukunft verabschiedet werden. Anfang des Jahres hat sich ein Bündnis für Versammlungsfreiheit bestehend aus Einzelpersonen, Bürgerrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Parteien gebildet, um gegen dieses Gesetz zu protestieren.

Mit der Föderalismusreform 2006 wurde die Kompetenz, wenn es um Versammlungen und deren gesetzliche Regelung geht, vom Bund auf die Bundesländer übertragen. Einige Bundesländer haben daraufhin schon eigene Versammlungsgesetze erlassen, die sich alle dadurch auszeichnen, dass sie die Hürden für eine Versammlung noch höher legen, als es das Bundesgesetz ohnehin tut und die Eingriffsmöglichkeiten der Polizei ausweiten. In den anderen Bundesländern gilt weiterhin das Bundesgesetz, so auch in Berlin. Aber auch hier wird momentan mit Hochdruck an einer Verschärfung gearbeitet. Ob der Entwurf für ein Gesetz, das das Filmen von Demonstrationen und Versammlungen erlaubt, nur eine Wegmarke auf dem Weg zu einem eigenen Berliner Versammlungsgesetz ist oder die Strategie des Berliner Senats sein wird das Versammlungsrecht durch eine Menge von Einzelgesetzen zu beschneiden, bleibt abzuwarten.

Schon jetzt wird das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit von Seiten des Gesetzgebers und der Polizeibehörden eingeschränkt. So werden Routen, die

Demos direkt in die glitzernden Hochburgen des Kapitalismus führen, selten genehmigt. Vollkommen willkürliche Auflagen wie die Begrenzung der Länge der Seitentransparente werden erlassen oder sogar mit einem Handstreich alle Formen des Protests verboten, wie letztes Jahr bei den Blockupy-Aktionstagen

geschehen. Und auch Kameras, mit denen Demos gefilmt werden, gehören zum Alltag. Und doch tut der Berliner Senat so, als müsse schnellstmöglich eine Gesetzeslücke geschlossen werden, da sich das staatliche Filmen von Demos momentan im rechtsfreien Raum bewegt. Doch das ist nur Augenwischerei. In Wahrheit geht es darum, die Kompetenzen und Eingriffsmöglichkeiten der Polizei zu stärken. Außerdem dürfte auch dem Berliner Senat bei der Erstellung des Gesetzestextes nicht entgangen sein, dass ein dermaßen rigider Entwurf sicherlich den einen oder die andere vom Demonstrieren abhält. Wer möchte dabei schon permanent unter Beobachtung stehen? Auch die Beteuerung, dass nur »Übersichtsaufnahmen« gemacht würden, die lediglich der »Lenkung und Leitung« der Demo dienen sollten, kann nur als mutwillige Täuschung verstanden werden. Schließlich ist es doch ein leichtes, bei entsprechender Auflösung auch aus großer Entfernung an Menschen nah heran zu zoomen und so individuelle Bilder der Demonstrierenden zu machen. Man muss schließlich nicht paranoid sein um sich auszumalen, dass dadurch relativ leicht Profile Einzelner erstellt werden können.

Dass es nicht primär um die »Übersicht über die Demo und deren Lenkung und Leitung« geht, zeigt die Berliner Landesregierung schon im Wortlaut des Gesetzesentwurfs. So ist etwa immer wieder von Kamera-Wagen die Rede, ungeachtet der Tatsache, dass von eben diesen Wagen aus gute Bilder gemacht werden können, von dem, was so kleinteilig in der Demo geschieht, aber eben nicht die erwähnten Übersichtsaufnahmen. Zweifel über die Verfassungsmäßigkeit gibt es übrigens sogar innerhalb des Polizeiapparats, so äußerte unter anderem Michael Knappe, Leiter der Direktion 6 bei der Berliner Polizei, als Sachverständiger bei einer Anhörung des Innenausschusses solche Bedenken. ★



¡Hasta siempre comandante!

Nach dem Tod des sozialistischen Präsidenten Rafael Hugo Chávez Frias am 5. März 2013 steht die venezolanische Revolution vor großen Herausforderungen. Die sechs Wochen später stattgefundenen Neuwahlen konnte die sozialistische Partei nur knapp gewinnen

Trotz immer wiederkehrender Hoffnung auf Genesung erlag Hugo Chávez seinem langjährigen Krebsleiden. Mit ihm verliert die venezolanische Revolution ihr wichtigstes Gesicht. Unter dem Motto »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« wurde Chávez zum Symbol für soziale Gerechtigkeit und des Aufbaus partizipativer Räte Demokratie. Populär machten ihn seit seinem ersten Wahlsieg 1998 unter anderem die Einführung einer flächendeckenden, kostenlosen Gesundheitsversorgung, von Bildungsprogrammen auch für arme Bevölkerungsschichten und die Erarbeitung

einer neuen sozialen Verfassung. Vor allem erhielt er jedoch Anerkennung für die Einbeziehung der Bevölkerung in die politische Zukunft des Landes. Seit über einem Jahrzehnt engagieren sich Millionen Menschen in den lokalen Nachbarschaftsräten und realisieren die Selbstorganisation ganzer Stadtteile oder Betriebe. Wenngleich das in den bundesdeutschen Medien gezeichnete Bild von der venezolanischen Revolution als Ein-Personen-Projekt jeder Realität entbehrt, steht sie dennoch nach dem Tod von Chávez vor großen Herausforderungen. Denn wie kein anderer war Chávez vor allem ein Integrationsfaktor für verschiedene politische Strömungen. Von Gewerkschaften über linksradikale Politgruppen bis hin zu lokalen Nachbarschaftsräten, von Anarchist_innen über politisierte Jugendgangs bis hin zur Kommunistischen Partei, sie alle bezogen sich auf Chávez als ihren comandante im revolutionären Prozess.

Jedoch stand dem bolivarianischen Prozess von Beginn an eine starke rechte Opposition gegenüber, die mit allen Mitteln versuchte ihre Macht und Privilegien wiederherzustellen. Sabotageakte, wirtschaftliche Destabilisierung und Putschversuche waren der Opposition recht, um die Regierung Chávez aus dem Amt zu bekommen. Dabei wurde sie mit Milliarden Dollar aus den USA und Europa unterstützt. Nach dem Tod von Chávez und den vorgezogenen Neuwahlen sah die Rechte ihre große Chance wieder an die Macht zu kommen. Jedoch konnte Chávez' Wunschnachfolger Nicolas Maduro mit der Ankündigung, den Kurs seines Vorgängers weiterzuführen, erneut die Präsidentschaftswahlen gewinnen. Das knappe Wahlergebnis der Vereinigten sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) wurde von der Rechten nicht anerkannt. Nach dem erneuten Scheitern der legalen Machtübernahme durch die rechte Opposition griffen ihre Anhänger_innen Fernsehstationen an, zündeten Krankenhäuser an und ermordeten sogar mehrere Unterstützer_innen Maduros.

Zu dieser akuten Bedrohung durch die rechte Opposition kommen grundlegende strukturelle Probleme. Natürlich konnte der erst seit 14 Jahren stattfindende revolutionäre Prozess die gesellschaftspolitischen Strukturen von jahrhundertalter Korruption und Vetternwirtschaft nicht vollkommen befreien. So hat das Land unter anderem mit einem ineffizienten und aufgeblähten bürokratischen Apparat zu kämpfen. Die sozialen Bewegungen befinden sich mit diesem Apparat in einem fortwährenden Konflikt um Demokratisierung und die Frage nach politischer Entscheidungsmacht und Ressourcenverteilung. Aber dem bolivarianischen Lager gehören eben nicht nur Basisbewegungen und Nachbarschaftsräte an, sondern auch Großunternehmen, die nach der Entmachtung der alten Eliten ein für sich profitables Verhältnis zur Revolution entwickelt haben.

Wie in den meisten Revolutionen wird auch in Venezuela der Erfolg des Sozialismus letztendlich davon abhängen, ob die sozialen Bewegungen und politischen Basisorganisationen ihre Positionen weiterhin behaupten und ausbauen können. ★

Blockupy Frankfurt

Blockupy ruft auch in diesem Jahr zu europäischen Tagen des Protestes und Widerstands am 31. Mai und 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main gegen das Krisenregime der Europäischen Union auf. Blockupy ist ein bundesweites Bündnis, in dem zahlreiche Gruppen, Organisationen und einzelne AktivistInnen mitarbeiten. Frankfurt ist eines der Zentren des europäischen Krisenregimes. Hier sitzt die Europäische Zentralbank (EZB), neben EU-Kommission und IWF ein Teil der Troika, die



den europäischen Regierungen ihre Verarmungsprogramme diktiert. Und hier sitzen etliche deutsche Banken und Konzerne, die Profiteure dieser Politik. Ziel ist neben einer Blockade der EZB auch die Kenntlichmachung der anderen Krisenprofiteure und ein kraftvolles Zeichen der internationalen Solidarität. Aktivist_innen aus ganz Europa werden anreisen, um gemeinsam den Kampf gegen die kapitalistische Verwertungslogik voranzutreiben. Während im letzten Jahr noch jede Form von Protest im Rahmen der Blockupy-Aktionstage seitens der Stadt verboten wurde, bleibt abzuwarten wie sich die Stadt Frankfurt dieses Jahr verhalten wird.

Es wird auch Busse aus Berlin geben, Infos gibt es unter:
<http://blockupy-frankfurt.org>
 oder bei der Blockupy Berlin Plattform, die sich alle zwei Wochen im Irving-Zola-Haus trifft.
 (Ohlauerstr. 12, 10999 Berlin, U Kottbusser Tor, Görlitzer Bahnhof)

Bücher zum Thema: Staatsterrorismus



War der vermeintliche Selbstmord der NSU-Uwes möglicherweise inszeniert? Welche Motive sprechen

für welche Version? Woher hatte das sächsische Innenministerium die Handynummer von Beate Zschäpe? Während in der Öffentlichkeit um die Platzvergabe beim Gerichtsverfahren diskutiert wird, scheinen die Skandale um staatliche Verwicklung in Vergessenheit zu geraten. Diesem Vergessen steht das gut recherchierte Buch von Wolf Wetzel entgegen.

Wolf Wetzel: Der NSU-VS-Komplex. Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund – wo hört der Staat auf?, Unrast Verlag, Münster, 130 Seiten, 12 Euro



Der tödlichste Anschlag in der BRD war die Bombe auf dem Münchner Oktoberfest 1980. Bis heute ist der Fall nicht aufgeklärt, es

mehren sich allerdings die Zeichen, dass deutsche Geheimdienste, allen voran der BND, darin verwickelt waren. So wurden militante, in »Wehrsportgruppen« organisierte Neonazis mit Waffen ausgestattet und Beweise aus der Asservatenkammer zu diesem ungelösten Fall vernichtet. Eine gute Möglichkeit sich diesem Thema zu nähern ist der spannende Roman »Das München-Komplott« von Wolfgang Schorlau, der aus realen Geschichten eine packende Geschichte vom Kalten Krieg bis heute erzählt. Kommissar Dengler ermittelt und steht plötzlich selbst im Fadenkreuz mächtiger Interessen.

Wolfgang Schorlau: Das München-Komplott: Denglers fünfter Fall, KiWi, 336 Seiten, 8,99 Euro

»Making punk a threat again!«



Ob »Nazis nehmen uns die Arbeitsplätze weg« oder »Hartz IV: Scheißen ohne Spülen«, wer nach aktuellem Punkrock mit politischen Inhalten fragt, kommt um Alarmsignal nicht herum. Ende des Jahres erscheint eine Doku über deutschsprachigen Punk, darin werden sie neben den Goldenen Zitronen vertreten sein. Gerade erschien ihre neue Scheibe »Alles ist vergänglich«

Ihr engagiert euch in euren Liedern z.B. gegen soziale Missstände, gegen Nazis, für ein besseres Leben. Wie entstehen die Texte?

Steff: Den Stoff für die Texte bietet der Blick vor die Türe oder in die Tagespresse, manchmal aber auch kritisches Selbsthinterfragen.

Bulli: Natürlich ist man mehr oder weniger von all dem Textinhalt selbst betroffen, da fällt es oft nicht allzu schwer. Allerdings staune ich manchmal selbst. Hat schon mal jemand gezählt, wie viele Songs es mittlerweile gibt?

Kühn: Die Texte macht jeder für sich daheim im stillen Kämmerlein...

Ihr hattet auch schon Kontakte mit dem Verfassungsschutz? Was ist da passiert? Hat euch das beeinträchtigt?

Steff: Wir wurden aufgrund des Covers unseres ersten Albums wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole angeklagt. Das Album trägt den Titel »Fahnenleid« und wir stellten auf dem Cover unsere Vorstellung von Fahnenleid dar, indem wir auf die deutsche Fahne urinierten. Glücklicherweise wurde das Verfahren gegen uns eingestellt, der ganze Zirkus hatte jedoch zur Folge, dass der niedersächsische Verfassungsschutz unsere Texte genauer unter die Lupe nahm und uns in seinem Jahresbericht als bedenkliche linksradikale Band einstuft.

Bulli: Beste Werbung. Wir haben auch dieses Mal überlegt, einen Song direkt für den Verfassungsschutz zu schreiben – so dass die dann nicht zu viel Arbeit haben und die ganze CD durchhören müssen. Es gibt ja noch jede Menge weiterer Punkrockveröffentlichungen zu zensieren und zu verbieten.

Kühn: Das war pillepalle weil die uns zur linksextremen Band erkoren haben. Wir hätten das medial mehr nutzen müssen. Uns als Bankkaufleute ist leider erst im nachhinein aufgegangen, wie viel wir da hätten rausholen können, also rein vom wirtschaftlichen Aspekt her und Promo und überhaupt.

Youtube hat ein Video von euch gesperrt... Wie verhält sich Punk in den »neuen Medien«?

Bulli: Ich denke »Punk« muss manchmal aufpassen, dass er auch außerhalb der neuen Medien passiert. »Making punk a threat again!« Natürlich bieten diese Medien auch eine super Plattform um Kontakte zu knüpfen usw., keine Frage. Wir nutzen die ja auch.

Steff: Ich weiß gar nicht ob das, was da in den neuen Medien unter dem Namen »Punk« so alles abgeht, diesen Titel überhaupt verdient hat. Um darauf näher einzugehen, müssten wir uns wohl erstmal auf die Definition von »Punk« einigen. Bei dem gesperrten Video handelt es sich um ein Tierrechtsvideo, gefüllt mit Material, welches in diversen Schlachthöfen aufgenommen wurde. Wahrscheinlich keine leichte Kost, aber die qualvollen Stationen vor der Fleischtheke sind grausame und widerliche Realität und die sollte uns viel öfter vor Augen gehalten werden. YouTube sperrte das Video bereits nach 2 Tagen, doch mittlerweile ist es mit Alternativen (ab 18) wieder zu sehen. Es geistern allerdings auch einige frei zugängliche Versionen im Netz rum.

Kühn: Punk ist, naja, irgendwie Teil der neuen Medien. Wir sind nach wie vor provokant und finden Lücken dort, es gibt ganze Websites, die sich nur damit beschäftigen. Hat natürlich auch Schattenseiten, was wir da alle manchmal von uns preisgeben geht nicht mal unsere Eltern was an, geschweige denn eine große Öffentlichkeit. Darum nutzt das schlau, don't hate the media, be the media..



Mmmm...
2011 Jean Lefort - Chablis nur 9,99€
Eleganter und voller Chablis, mit einer goldgelben Farbe.
Intensives Bouquet mit feinen Aromen von Birne und Ananas.
Der Geschmack ist voll und cremig mit leicht buttrigen Nuancen und einer frischen Säure. Angenehmer, langer und voller Abgang.